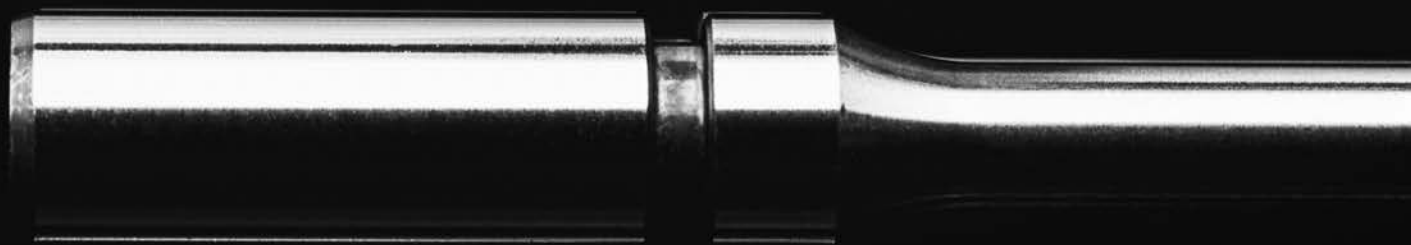


Jahresabschluss

2019/20



The art of precision

SCHUMAG



INHALTSVERZEICHNIS

JAHRESABSCHLUSS	4
Bilanz	4
Gewinn- und Verlustrechnung	5
Anhang	6
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	28
VERSICHERUNG DES GESETZLICHEN VERTRETERS	35

Der Jahresabschluss der SCHUMAG Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von großen Kapitalgesellschaften in der Rechtsform der Aktiengesellschaft aufgestellt. Der Lagebericht der SCHUMAG Aktiengesellschaft ist mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst und als zusammengefasster Lagebericht im Geschäftsbericht 2019/20 der SCHUMAG Aktiengesellschaft veröffentlicht.

SCHUMAG AKTIENGESELLSCHAFT, AACHEN

JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. OKTOBER 2019 BIS ZUM 30. SEPTEMBER 2020

BILANZ

	Anhang	30.9.2020	30.9.2019
		EUR	TEUR
Aktiva			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		573.192,00	114
Sachanlagen		6.358.804,00	7.983
Finanzanlagen		2.341.156,00	2.341
		9.273.152,00	10.438
Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	9.909.071,79	10.124
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	4.215.628,17	4.473
Flüssige Mittel	(4)	1.521.002,72	1.418
		15.645.702,68	16.015
Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	62.058,48	53
Aktive latente Steuern	(6)	1.915.986,48	1.702
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	(7)	43.204,18	98
		26.940.103,82	28.306
PASSIVA			
Eigenkapital	(8)		
Gezeichnetes Kapital		5.999.999,00	10.226
Kapitalrücklage		99.999,95	0
Bilanzverlust		-5.639.633,44	-8.525
		460.365,51	1.701
Rückstellungen	(9)	21.013.128,00	21.986
Verbindlichkeiten	(10)	5.466.610,31	4.619
		26.940.103,82	28.306

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	Anhang	2019/20	2018/19
		EUR	TEUR
Umsatzerlöse	(11)	31.261.643,03	42.366
Bestandsveränderung		-603.497,58	-964
Andere aktivierte Eigenleistungen		243.998,45	8
Gesamtleistung		30.902.143,90	41.410
Sonstige betriebliche Erträge	(12)	5.780.614,02	5.825
Materialaufwand	(13)	-9.166.487,97	-13.052
Personalaufwand	(14)	-21.355.126,74	-28.187
Abschreibungen	(15)	-1.622.979,84	-1.976
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	-6.467.924,65	-5.814
Zinsergebnis	(17)	-1.514.983,40	-1.844
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(18)	213.891,22	1.714
Ergebnis nach Steuern		-3.230.853,46	-1.924
Sonstige Steuern		-109.430,72	-127
Jahresfehlbetrag		-3.340.284,18	-2.051
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-8.525.186,88	-6.474
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	(8)	6.225.837,62	0
Bilanzverlust		-5.639.633,44	-8.525

ANHANG

Die SCHUMAG Aktiengesellschaft („SCHUMAG“) hat ihren Sitz in Aachen und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Registernummer HRB 3189 eingetragen.

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss der SCHUMAG ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

In der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung werden gem. § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB einzelne Posten zur Verbesserung der Klarheit und der Darstellung zusammengefasst und im Anhang gesondert erläutert. Im Anhang werden, sofern nicht anders dargestellt, sämtliche Beträge entsprechend kaufmännischer Rundung in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Es können sich Abweichungen zu den ungerundeten Beträgen ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Bezüglich bestandsgefährdender Risiken, denen die SCHUMAG ausgesetzt ist, verweisen wir auf den Abschnitt „Zusammenfassende Risikobeurteilung und bestandsgefährdende Risiken“ des zusammengefassten Lageberichts. Insofern besteht eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können, so dass die SCHUMAG möglicherweise nicht in der Lage ist, im gewöhnlichen Geschäftsverlauf ihre Vermögensgegenstände zu realisieren sowie ihre Schulden zu begleichen.

Entgeltlich erworbene und selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet und über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer planmäßig linear abgeschrieben. In Ausübung des Bilanzierungswahlrechts des § 248 Abs. 2 HGB werden Kosten im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten als immaterieller Vermögensgegenstand aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass das Projekt Erfolg haben wird und die Kosten verlässlich bestimmt werden können.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßige lineare Abschreibung bewertet. In die Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten auch Fertigungs- und Materialgemeinkosten einschließlich des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen.

Bei entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen sowie Sachanlagen orientieren sich die voraussichtlichen Nutzungsdauern an der betriebsgewöhnlichen Nutzenstiftung, bei selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen am geschätzten Zeitraum, in dem die mit den Vermögensgegenständen verbundenen Vorteile der SCHUMAG zufließen werden.

Geringwertige Anlagegüter - das sind Gegenstände mit Anschaffungskosten bis einschließlich EUR 250,00 - werden sofort abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Für Anlagenzugänge mit Anschaffungskosten von jeweils über EUR 250,00 bis einschließlich EUR 1.000,00 wird ein Sammelposten gebildet, der im Jahr der Bildung sowie in den folgenden vier Geschäftsjahren mit jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Niedrigere beizulegende Werte bei immateriellen Vermögensgegenständen, Sachanlagen sowie Finanzanlagen werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. zu niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. In die Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten auch Fertigungs- und Materialgemeinkosten einschließlich des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen. Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten sowie Finanzierungskosten werden nicht aktiviert. Abwertungen für Bestandsrisiken, die sich aus der Reichweite, Lagerdauer und geminderter Verwertbarkeit ergeben, werden in ausreichendem Umfang vorgenommen. Sofern die Börsen- oder Marktwerte der Vorräte am Bilanzstichtag niedriger sind, werden diese angesetzt. Maximaler Ansatz der fertigen und unfertigen Erzeugnisse sind die Verkaufserlöse abzüglich noch anfallender Aufwendungen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bilanziert. Ausnahme sind langfristige Forderungen, die zum Barwert angesetzt werden. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben vor dem Bilanzstichtag gebildet, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Vermögensgegenstände, die zur Erfüllung von Pensionsverpflichtungen dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden zum beizulegenden Zeitwert mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Methoden auf der Basis der Bewertungsvorgaben des § 253 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 HGB ermittelt. Der Zuführungsbetrag aus der erstmaligen Anwendung von BilMoG wurde entsprechend Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf 15 Jahre verteilt. Als Bewertungsmethode wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) mit einem Rechnungszins von 2,41 % (Vorjahr 2,82 %) angewendet. Beim Zinssatz handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren. Die biometrischen Annahmen basieren auf den Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Zudem wurden ein Rententrend von 1,00 % (Vorjahr 1,00 %) und eine Fluktuationsrate von 1,25 % (Vorjahr 1,25 %) zugrunde gelegt. Ein Lohn- und Gehaltstrend bleibt aufgrund der Ruhegeldordnung außer Ansatz.

Die Steuer- und sonstigen Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Der Zinssatz für die Abzinsung von Altersteilzeitrückstellungen beträgt 0,48 % (Vorjahr 0,62 %).

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden sowie auf steuerliche Verlustvorträge gebildet. Der Ansatz erfolgt in Höhe der voraussichtlichen Steuerbe- bzw. -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt anhand eines kombinierten Ertragsteuersatzes der SCHUMAG in Höhe von 32,5 % (Vorjahr 32,5 %), der Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer umfasst. Soweit sich aktive und passive latente Steuern der Höhe nach entsprechen, wird auf eine Ausübung des Wahlrechts zum unverrechneten Ausweis gem. § 274 Abs. 1 S. 3 HGB verzichtet. Die Realisierbarkeit von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge hängt von künftigen steuerpflichtigen Ergebnissen sowie steuerrechtlichen Vorschriften ab. Wenn Zweifel an der Realisierung der Verlustvorträge bestehen, werden im Einzelfall aktive latente Steuern nicht angesetzt. Eine Nutzung der bei SCHUMAG vorhandenen Verlustvorträge im mittelfristigen Planungszeitraum ist aufgrund der anhaltenden Restrukturierungsphase eher nicht realisierbar. Dementsprechend wurden die ermittelten latenten Steueransprüche nicht angesetzt.

Die Umsatzrealisierung aus Warenverkäufen erfolgt, sobald das wirtschaftliche Eigentum an den veräußerten Waren auf den jeweiligen Kunden übergegangen ist.

Währungsumrechnung

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden gem. § 256a HGB umgerechnet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2019/20 ist als Anlage zum Anhang dargestellt. Der Anlagespiegel ist integraler Bestandteil des Anhangs.

2. Vorräte

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.357	2.973
Unfertige Erzeugnisse	3.265	4.249
Fertige Erzeugnisse	3.287	2.902
	9.909	10.124

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.993	1.874
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	371	1.077
Sonstige Vermögensgegenstände	1.852	1.522
	4.216	4.473

Die Restlaufzeiten der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

	30.9.2020		30.9.2019	
	bis zu einem Jahr TEUR	über ein Jahr TEUR	bis zu einem Jahr TEUR	über ein Jahr TEUR
Restlaufzeit				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.993	0	1.874	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	371	0	1.077	0
Sonstige Vermögensgegenstände	1.777	75	1.447	75
	4.141	75	4.398	75

Forderungen gegen verbundene Unternehmen	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Schumag Romania S.R.L., Timisoara, Chisoda/Rumänien	326	803
BR Energy GmbH, Aachen	45	274
	371	1.077

Die Forderungen gegen die Tochtergesellschaft Schumag Romania S.R.L. beinhalten wie im Vorjahr mit Verbindlichkeiten saldierte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. In den Forderungen gegen die Tochtergesellschaft BR Energy GmbH sind wie im Vorjahr ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten. Von den zum Abschlussstichtag gegen die BR Energy GmbH bestehenden Forderungen in Höhe von insgesamt TEUR 4.346 wurden TEUR 4.301 wertberichtigt, davon bereits in Vorjahren TEUR 4.163. In den Forderungen gegen die BR Energy GmbH ist ein Darlehen über TEUR 2.238 mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2021 enthalten.

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet überwiegend Erstattungsansprüche gegenüber dem Pensionsversicherungsverein, Forderungen gegen eine Factoringgesellschaft, Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen sowie Forderungen an Belegschaftsangehörige.

4. Flüssige Mittel

Unter den Flüssigen Mitteln sind Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände ausgewiesen.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten beinhaltet insbesondere abgegrenzte Versicherungsaufwendungen für das folgende Geschäftsjahr.

6. Aktive latente Steuern

Die aktiven temporären Differenzen stehen im Zusammenhang mit Rückstellungen für Pensions-, Jubiläums- und Alterszeitverpflichtungen. Aufgrund fehlendem Verrechnungspotenzial im mittelfristigen Planungszeitraum wurden auf steuerliche Verlustvorträge keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

7. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Pensionsverpflichtungen sind zum Teil durch Vermögensgegenstände gesichert, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind. Dabei handelt es sich um Rückdeckungsversicherungen, die den jeweiligen Anspruchsberechtigten verpfändet wurden. Diese werden mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zum Abschlussstichtag, der uns von den Versicherungsunternehmen mitgeteilt wurde.

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Erfüllungsbetrag aus Pensionsverpflichtungen	1.745	1.612
Beizulegender Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen	1.788	1.710
Überschuss des Vermögens über die Pensionsverpflichtungen (Aktiver Unterschiedsbetrag)	43	98
Anschaffungskosten der Rückdeckungsversicherungen	1.613	1.547

8. Eigenkapital

Das Grundkapital der SCHUMAG betrug zum 30. September 2019 EUR 10.225.837,62.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung vom 18. Dezember 2019 wurde zum Zwecke der Sanierung der SCHUMAG beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 10.225.837,62 auf EUR 4.000.000,00 herabzusetzen, um dadurch Wertminderungen auszugleichen und sonstige Verluste zu decken. Die Kapitalherabsetzung wurde im Februar 2020 wirksam.

Im September 2020 wurde die am 17. August 2020 beschlossene Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital 2019 in voller Höhe durch Ausgabe von 1.999.999 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil in Höhe von EUR 1,00 am Grundkapital der Gesellschaft gegen Bareinlagen zu einem Bezugspreis von EUR 1,05 je Aktie wirksam.

Das Grundkapital der SCHUMAG beträgt seitdem EUR 5.999.999,00 und ist in 5.999.999 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das Agio in Höhe von EUR 99.999,95 wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2019, ergänzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Dezember 2019, wurde das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 399.999,00 durch Ausgabe von bis zu 399.999 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2019). Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Ausgabe von bis zu 399.999 Bezugsrechten (Aktienoptionen) im Rahmen des Aktienoptionsplans 2019 an Mitglieder des Vorstands und Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie an Geschäftsführer und Arbeitnehmer von Konzerngesellschaften. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Bezugsrechte von ihrem Recht zum Bezug der Aktien Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt oder von ihrem Recht auf Barausgleich Gebrauch macht.

Der Bilanzverlust setzt sich wie folgt zusammen:

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Jahresfehlbetrag	-3.340	-2.051
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-8.525	-6.474
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	6.225	0
Bilanzverlust	-5.640	-8.525

Angaben zum Bestehen einer Beteiligung

Frau Elisheva Libeaux, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 27. September 2019 die Schwelle von 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,37 % (414.930 Stimmrechte) beträgt, dass ihr hiervon 10,37 % (414.930 Stimmrechte) nach § 34 WpHG zuzurechnen sind und dass ihr dabei von folgendem kontrollierten Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft 3 % oder mehr beträgt, Stimmrechte zugerechnet werden:

ELR Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Deutschland
(Zurechnung: 10,37 % entsprechend 414.930 Stimmrechten).

Herr Peter Aloysius Aßmann, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 20. Mai 2020 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 8,62 % (344.725 Stimmrechte) beträgt.

Herr Norbert Thelen, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 20. Mai 2020 die Schwellen von 3 % und 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) beträgt.

Die Allerthal-Werke AG, Köln, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 31. August 2020 die Schwelle von 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,03 % (201.100 Stimmrechte) beträgt.

Die Schumag-Stiftung, Aachen, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 15. September 2020 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 3,93 % (236.000 Stimmrechte) beträgt.

Die CoDa Beteiligungs GmbH, Aachen, Deutschland, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 15. September 2020 die Schwelle von 30 % überschritten hat und zu diesem Tag 30,21 % (1.812.373 Stimmrechte) beträgt.

Die Nomainvest S.A., Eupen, Belgien, hat unserer Gesellschaft gem. § 33 Abs. 1 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Nerscheider Weg 170, 52076 Aachen, Deutschland, am 15. September 2020 die Schwelle von 30 % überschritten hat und zu diesem Tag 32,16 % (1.929.477 Stimmrechte) beträgt.

Gem. den uns vorliegenden Informationen hat sich die ELR Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Deutschland, an der Kapitalerhöhung in Höhe ihres bisherigen Stimmrechtsanteils beteiligt, so dass dieser weiterhin 10,37 % (neu: 622.395 Stimmrechte) beträgt, während Herr Peter Aloysius Aßmann, Deutschland, sich nicht an der Kapitalerhöhung beteiligt hat, so dass sich sein Stimmrechtsanteil auf 5,75 % (wie bisher: 344.725 Stimmrechte) reduzierte. Da keine relevanten Schwellen über- oder unterschritten wurden, erfolgten diesbezüglich keine Stimmrechtsmitteilungen. Da auch die Allerthal-Werke AG, Köln, keine Stimmrechtsmitteilung abgegeben hat, ist davon auszugehen, dass sich deren Stimmrechtsanteil mindestens auf 5 % (300.000 Stimmrechte) beläuft.

Demnach hielten zum Abschlussstichtag folgende Parteien mehr als 3 % der Anteile an der SCHUMAG:

Nomainvest S.A.:	32,16 %
CoDa Beteiligungs GmbH:	30,21 %
ELR Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH:	10,37 %
Peter Aloysius Aßmann (Mitarbeiteraktien):	5,75 %
Allerthal-Werke AG (mindestens):	5,00 %
Schumag-Stiftung:	3,93 %
Streubesitz:	12,58 %

9. Rückstellungen

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.111	16.931
Steuerrückstellungen	0	55
Sonstige Rückstellungen	3.902	5.000
	21.013	21.986

Aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB besteht zum 30. September 2020 ein noch nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag in Höhe von TEUR 1.209 (Vorjahr TEUR 1.450).

Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB beläuft sich auf TEUR 1.592 (Vorjahr TEUR 1.709).

Die Pensionsverpflichtungen sind zum Teil durch Vermögensgegenstände gesichert, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind. Dabei handelt es sich um Rückdeckungsversicherungen, die den jeweiligen Anspruchsberechtigten verpfändet wurden. Diese werden mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zum Abschlussstichtag, der uns von den Versicherungsunternehmen mitgeteilt wurde.

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Erfüllungsbetrag aus Pensionsverpflichtungen	18.856	18.543
Beizulegender Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen	1.745	1.612
Nettowert der Pensionsverpflichtungen (Rückstellung)	17.111	16.931
Anschaffungskosten der Rückdeckungsversicherungen	1.581	1.473

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten folgende Posten:

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Weihnachtsgeld	1.366	713
Tarifliches Zusatzgeld	474	330
Jubiläumsgeld	438	504
Urlaub	422	426
Altersteilzeit	321	489
Jahresabschlusskosten	189	179
Auftragsrückstellungen	153	202
Abfindungen / Sozialplan	24	1.563
Übrige	515	594
	3.902	5.000

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit sind Sicherheiten bestellt.

10. Verbindlichkeiten

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.410	1.192
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.488	1.498
Sonstige Verbindlichkeiten	1.569	1.929
	5.467	4.619

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeit	30.9.2020		30.9.2019	
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 bis 5 Jahre TEUR	bis 1 Jahr TEUR	über 1 bis 5 Jahre TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.117	293	1.192	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.483	5	1.489	9
Sonstige Verbindlichkeiten	1.166	403	1.289	640
	4.766	701	3.970	649

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen Betriebsmittel- sowie Investitionskredite, die durch eine Grundschuld sowie die Übereignung des Vorratsvermögens besichert sind.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von TEUR 114 (Vorjahr TEUR 108) sowie Steuerverbindlichkeiten von TEUR 220 (Vorjahr TEUR 314). Die Steuerverbindlichkeiten betreffen insbesondere die Lohn- und Kirchensteuer inklusive Solidaritätszuschlag für den Monat September 2020.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Drittdarlehen in Höhe von TEUR 500 (Vorjahr TEUR 500) enthalten, für das als Sicherheit die Eigentumsübertragung von Maschinen dient.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

11. Umsatzerlöse

Im Geschäftsjahr 2019/20 wurden im Geschäftsbereich Präzisionsmechanik Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 31.036 (Vorjahr TEUR 41.378) erzielt. Der Umsatz aus Vermietung belief sich auf TEUR 226 (Vorjahr TEUR 988).

Aufgliederung der Umsatzerlöse nach geographisch bestimmten Märkten

	2019/20		2018/19	
	TEUR	%	TEUR	%
Deutschland	10.578	33,8	14.140	33,4
Sonstige EU-Länder	4.888	15,6	11.133	26,3
Übriges Europa	48	0,2	200	0,5
Nordamerika	8.886	28,5	11.508	27,1
Lateinamerika	2.074	6,6	1.357	3,2
Asien	4.788	15,3	4.028	9,5
	31.262	100,0	42.366	100,0

12. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten neben dem Gewinn aus dem Abgang nicht betriebsnotwendiger Immobilien (TEUR 3.601), dem Erlös aus dem Vergleich mit der AIG Europe S.A. im Zusammenhang mit einem gerichtlichen Verfahren gegen ein ehemaliges Organmitglied (TweUR 800) und dem Ertrag aus den Erstattungsansprüchen gegenüber dem Pensionssicherungsverein (TEUR 478) Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit für Kurzarbeitergeld, Versicherungsent-schädigungen sowie andere nicht gesondert auszuweisende Erträge. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind perioden-fremde Erträge in Höhe von TEUR 108 (Vorjahr TEUR 6) enthalten. Erträge aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 7 (Vorjahr TEUR 2).

13. Materialaufwand

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	-6.636	-9.838
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.531	-3.214
	-9.167	-13.052

14. Personalaufwand

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	-17.510	-24.696
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-3.845	-3.491
	-21.355	-28.187

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen TEUR -168, nachdem sich im Vorjahr aufgrund der Anpassung des Rententrends von 1,75 % auf 1,00 % ein saldierter Ertrag von TEUR 916 ergab.

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

	2019/20	2018/19
Arbeiter	324	385
Angestellte	51	54
	375	439
Auszubildende	30	33
	405	472

15. Abschreibungen

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind folgende außerplanmäßige Abschreibungen enthalten:

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	-78
Sachanlagen	0	-204
	0	-282

16. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten nicht gesondert auszuweisende Aufwendungen, z.B. für Instandhaltungen, Beratungskosten, Versicherungen, Schadensfälle, Leasingkosten und sonstige nicht auftragsbezogene Kosten. Die Aufwendungen nach Artikel 67 Abs. 1 und 2 EGHGB betragen wie im Vorjahr TEUR -242. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 58 (Vorjahr TEUR 38) enthalten. Aufwendungen aus der Währungsumrechnung belaufen sich auf TEUR -9 (Vorjahr TEUR -13).

17. Zinsergebnis

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101	113
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.616	-1.957
	-1.515	-1.844

Die Zinserträge von verbundenen Unternehmen betragen wie im Vorjahr TEUR 101.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen beinhalten den Nettoaufwand nach Verrechnung mit Erträgen oder Aufwendungen aus Rückdeckungsversicherungen, die ausschließlich der Erfüllung von Pensionsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind. Nach den BilMoG-Bestimmungen wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung mit den Vermögenserträgen wie folgt verrechnet:

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (brutto)	-1.442	-1.756
Erträge/Aufwendungen aus Rückdeckungsversicherungen	13	-3
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (netto)	-1.429	-1.759

Der Zinsaufwand enthält in Höhe von TEUR -11 (Vorjahr TEUR -12) Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von sonstigen langfristigen Rückstellungen.

18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthaltenen latenten Steuern belaufen sich auf TEUR 214 (Vorjahr TEUR 1.702).

SONSTIGE ANGABEN

19. Haftungsverhältnisse

Im Zusammenhang mit der Veräußerung des Maschinenbaus hat die SCHUMAG für die übergewandten Altersversorgungsansprüche eine Patronatserklärung abgegeben. Da wir seit der Übertragung der Altersversorgungsansprüche keinen Zugriff mehr auf deren Entwicklung und Bewertung haben, ist uns eine Abschätzung der Höhe der Verpflichtung nicht möglich. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung schätzen wir aufgrund der gegenwärtigen Bonität des Erwerbers des Maschinenbaus als gering ein. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

20. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen	1.120	299
Verpflichtungen für Wartung und Dienstleistungen	299	430
Verpflichtungen für Stromlieferungen	294	593
Verpflichtungen für Gaslieferungen	281	272
Bestellobligo Investitionen	23	111
	2.017	1.705

Darüber hinaus wurde im Rahmen des zuletzt im September 2019 verlängerten Standortsicherungstarifvertrags ein auflösend bedingter Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld für 2 Jahre sowie auf die Tarifierhöhung von 4,3 % aus Mai 2012 vereinbart, dessen Volumen sich insgesamt auf ca. TEUR 7.000 beläuft. Tatsächlicher Eintritt und Zeitpunkt der auflösenden Bedingung und der hieraus gegebenenfalls resultierenden Zahlungen, die in Abhängigkeit vom Erreichen einer festgelegten Bilanzkennzahl erfolgen und die auch in Teilbeträgen möglich sind, können derzeit nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Dieser Besserungsschein wird abgelöst, wenn bis zum 30. September 2021 die vom Sachwalter gehaltenen Mitarbeiteraktien zu einem Preis von mindestens EUR 1,80 pro Aktie verkauft werden.

21. Außerbilanzielle Geschäfte

	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Leasingverträgen	44	262
Im Rahmen von Factoring verkaufte Forderungen	2.586	2.679
	2.630	2.941

Zur Optimierung der Finanzierungsstruktur erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2004/05 die Nutzung von Leasing, wodurch sofortige Zahlungsmittelabflüsse für benötigte Investitionen vermieden werden. Die Leasingverträge haben in der Regel eine fixe Laufzeit von 36 Monaten und beinhalten überwiegend Kfz-Leasing.

Seit August 2010 wird zur Verbesserung der Finanzlage zudem echtes Factoring betrieben. Neben der Übertragung des Ausfallrisikos der verkauften Forderungen auf die Factoring-Gesellschaft konnte dadurch seitdem bis zum Bilanzstichtag zusätzliche Liquidität in Höhe von insgesamt TEUR 2.187 generiert werden.

Durch die dargestellten außerbilanziellen Geschäfte wird die SCHUMAG mit Finanzierungskosten belastet. Bei Wegfall dieser Finanzierungsinstrumente würde sich ein erhöhter Finanzierungsbedarf ergeben.

22. Anteilsbesitzliste

Gesellschaft und Sitz	Anteil Schumag AG	Nominalkapital	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis des Geschäftsjahres ¹⁾
BR Energy GmbH, Aachen	100%	TEUR 100	TEUR 0 ²⁾	TEUR 26
Schumag Romania S.R.L., Timisoara, Chisoda/Rumänien	100%	TRON 9.560	TEUR 1.655	TEUR 156

¹⁾ nach jeweiligem Landesrecht

²⁾ nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag: TEUR 4.391

23. Ausschüttungssperre

Entsprechend § 253 Abs. 6 S. 2 HGB sowie § 268 Abs. 8 HGB stehen folgende Beträge für eine Ausschüttung nicht zur Verfügung („Ausschüttungssperre“):

Ausschüttungsgesperrte Beträge	30.9.2020	30.9.2019
	TEUR	TEUR
aus dem Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 1 HGB	1.592	1.709
aus der Aktivierung latenter Steuern	1.916	1.702
aus dem Unterschiedsbetrag gem. § 246 Abs. 2 HGB	43	98
	3.551	3.509

24. Honorare des Abschlussprüfers

Die Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss geprüft. Das für das Berichtsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers ist nachfolgend angegeben:

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	178	110
	178	110
davon für Vorjahr	58	-

25. Organe der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands der SCHUMAG sowie deren Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien gem. § 285 Nr. 10 HGB sind nachfolgend aufgeführt:

Aufsichtsrat

Dirk Daniel, Aachen

Vorsitzender

Rechtsanwalt/Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und Partner in der Daniel, Hagelskamp & Kollegen Rechtsanwälte und Steuerberater Partnerschaft mbB, Aachen, sowie Geschäftsführer bei der CoDa Beteiligungs GmbH, Aachen

Mitgliedschaft

Quip AG, Aachen (Mitglied des Aufsichtsrats)

Karl Josef Libeaux, Aachen

stellvertretender Vorsitzender (ab 14. Oktober 2019)

vereidigter Buchprüfer/Steuerberater und Partner der Sozietät Libeaux vereidigte Buchprüfer und Steuerberater, Aachen, sowie Geschäftsführer bei der ELR Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Aachen

ohne weitere Mitgliedschaft

Rasim Alii, Würselen

Leiter Produktion der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Aachen

ohne weitere Mitgliedschaft

Catherine Noël, Eupen/Belgien

Generalsekretärin der Nomainvest S.A., Eupen/Belgien

Mitgliedschaft

New Laser S.A., St. Vith/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

NMC International S.A., Luxemburg/Luxemburg (Mitglied des Verwaltungsrats)

NOËL MANAGEMENT + FINANCE S.A., Eupen/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

Nomainvest S.A., Eupen/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

Yves Noël, Eupen/Belgien

Verwaltungsratsvorsitzender der NMC International S.A., Luxemburg/Luxemburg

Verwaltungsratsvorsitzender der NMC S.A., Eynatten/Belgien

Verwaltungsratspräsident und CEO der Nomainvest S.A., Eupen/Belgien

Mitgliedschaft

BePharBel Manufacturing S.A, Courcelles/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

BePharBel S.A., Courcelles/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

Meusinvest Ostbelgieninvest Venture Europe S.A., Eupen/Belgien

(Vorsitzender des Verwaltungsrats)

Nanocyl S.A., Sambreville/Belgien (Mitglied des Verwaltungsrats)

NMC International S.A., Luxemburg/Luxemburg (Vorsitzender des Verwaltungsrats)

NMC S.A., Eynatten/Belgien (Vorsitzender des Verwaltungsrats)

Nomainvest S.A., Eupen/Belgien (Präsident des Verwaltungsrats)

Quip AG, Baesweiler (Mitglied des Aufsichtsrats)

Talbot Services GmbH, Aachen (Mitglied des Beirats)

Ralph Schnitzler, Stolberg (ab 20. Januar 2020)

Leiter Auftragsbearbeitung / Materialwirtschaft der SCHUMAG Aktiengesellschaft, Aachen

ohne weitere MitgliedschaftVorstand**Johannes Wienands**, Aachen

Dipl.-Kaufmann

Mitgliedschaft

Global Venture Partner AG, Hünstetten (Mitglied des Aufsichtsrats)

26. Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

	2019/20	2018/19
	TEUR	TEUR
Bezüge des Vorstands	239	460
davon feste Vergütungen	239	460
davon variable Vergütungen	0	0
Bezüge des Aufsichtsrats	51	54
davon feste Vergütungen	51	54
davon sonstige Auslagen	0	0

Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Vorstands oder ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf TEUR 860 (Vorjahr TEUR 794).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen belaufen sich auf TEUR 10.190 (Vorjahr TEUR 10.171). Davon sind TEUR 9.608 (Vorjahr TEUR 9.473) zurückgestellt, der in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht zurückgestellte Betrag beträgt TEUR 582 (Vorjahr TEUR 698).

Im Übrigen wird auf den Vergütungsbericht innerhalb des zusammengefassten Lageberichts der SCHUMAG verwiesen.

27. Erklärung nach § 161 AktG

Im Januar 2020 haben Vorstand und Aufsichtsrat der SCHUMAG die aktuelle Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gem. § 161 AktG abgegeben und im Internet unter www.schumag.de dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

28. Mutterunternehmen

Mutterunternehmen ist die SCHUMAG Aktiengesellschaft, Aachen. Der Konzernabschluss der SCHUMAG zum 30. September 2020 wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister sowie im Internet unter www.schumag.de veröffentlicht.

29. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ende November 2020 wurde der zuletzt im September 2019 verlängerte und ursprünglich bis zum 30. September 2021 laufende Standortsicherungstarifvertrag bis zum 30. April 2023 verlängert. Neben der Fortführung der 37,5-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wurde hierin u.a. vereinbart, dass die Belegschaft auf das Weihnachtsgeld 2020 sowie das Urlaubsgeld 2021 verzichtet.

Ansonsten lagen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag vor.

Aachen, 27. Januar 2021

SCHUMAG Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Johannes Wienands

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Stand 30.9.2020 TEUR
	Stand 1.10.2019 TEUR	Zugänge TEUR	Umbu- chungen TEUR	Abgänge TEUR	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Selbstgeschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	120	0	0	0	120
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.524	533	0	0	2.057
	1.644	533	0	0	2.177
Sachanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.046	489	0	3.916	11.619
Technische Anlagen und Maschinen	14.446	679	0	617	14.508
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.836	236	0	50	10.022
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	159	22	0	156	25
	39.487	1.426	0	4.739	36.174
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	5.941	0	0	0	5.941
	5.941	0	0	0	5.941
	47.072	1.959	0	4.739	44.292

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

	Kumulierte Abschreibungen				Buchwert		
	Stand 1.10.2019 TEUR	Zugänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Abgänge TEUR	Stand 30.9.2020 TEUR	Stand 30.9.2020 TEUR	Stand 30.9.2019 TEUR
	120	0	0	0	120	0	0
	1.410	74	0	0	1.484	573	114
	1.530	74	0	0	1.604	573	114
	11.703	233	0	2.473	9.463	2.156	3.343
	10.805	1.078	0	558	11.325	3.183	3.641
	8.840	238	0	51	9.027	995	996
	156	0	0	156	0	25	3
	31.504	1.549	0	3.238	29.815	6.359	7.983
	3.600	0	0	0	3.600	2.341	2.341
	3.600	0	0	0	3.600	2.341	2.341
	36.634	1.623	0	3.238	35.019	9.273	10.438

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die SCHUMAG Aktiengesellschaft, Aachen

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Schumag Aktiengesellschaft, Aachen, – bestehend aus der Bilanz zum 30. September 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Schumag Aktiengesellschaft, Aachen, für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB bzw. § 315d HGB, auf die im zusammengefassten Lagebericht verwiesen wird, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 30. September 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die Angaben im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs sowie die Angaben im Abschnitt „Chancen- und Risikobericht“ und dort im Unterabschnitt „Zusammenfassende Risikobeurteilung und bestandsgefährdende Risiken“ des zusammengefassten Lageberichts. Hierin beschreibt der gesetzliche Vertreter, sollte es nicht gelingen, die negative Umsatzentwicklung durch die vorgesehenen Vertriebsmaßnahmen zur Stärkung der Absatzmarktsituation der Schumag Aktiengesellschaft zu stoppen, könnte dies den Bestand der Schumag Aktiengesellschaft gefährden, wenn die dann daraus resultierenden Liquiditätsprobleme nicht gelöst werden. Wie im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs und im Unterabschnitt „Zusammenfassende Risikobeurteilung und bestandsgefährdende Risiken“ des zusammengefassten Lageberichts dargelegt, deutet diese Gegebenheit auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Die Einschätzung der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit unterliegt einer bedeutsamen Beurteilung des gesetzlichen Vertreters. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung entsprechend Artikel 10 Abs. 2 Buchst. c) EU APrVO.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst von dem gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft seine Einschätzung der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit eingeholt. Unter Berücksichtigung der von dem gesetzlichen Vertreter identifizierten Ereignisse und Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können, haben wir beurteilt, ob die Anwendung des von dem gesetzlichen Vertreter der Aufstellung des Jahresabschlusses zugrunde gelegten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit angemessen ist und ob im Zusammenhang mit den identifizierten Ereignissen oder Gegebenheiten eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit besteht. Hierzu haben wir die von dem gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft erstellte und vom Aufsichtsrat genehmigte Planung für das Geschäftsjahr 2020/2021 sowie deren Fortschreibung für das Geschäftsjahr 2021/2022 gewürdigt. Zu diesem Zweck haben wir unter anderem beurteilt, ob die von dem gesetzlichen Vertreter vorgesehene dreisäulige Vertriebsstrategie zur Stärkung der Absatzmarktsituation geeignet ist, die Ertragskraft der Gesellschaft voraussichtlich zu verbessern und ob die Pläne für diese Maßnahmen unter den gegebenen Umständen durchführbar sind. Die der Planung zugrunde liegenden Annahmen haben wir auf deren Plausibilität und Nachvollziehbarkeit, die zugrunde liegenden Daten auf deren Verlässlichkeit beurteilt. In diesem Zusammenhang haben wir die retrospektive Prognosegüte der vergangenen Planungsperiode unter anderem anhand der im Geschäftsjahr 2019/2020 erfolgten liquiditätswirksamen Umsetzung der sich gegenseitig bedingenden Maßnahmen des Finanzierungskonzepts gewürdigt und Gespräche mit dem gesetzlichen Vertreter zur Plausibilität und Nachvollziehbarkeit der zukunftsgerichteten Planungsannahmen geführt. Von dem gesetzlichen Vertreter haben wir eine schriftliche Erklärung zu den Plänen für die vorgesehenen Maßnahmen und zu deren Durchführbarkeit eingeholt. Auf Grundlage der bei unseren Prüfungshandlungen gewonnenen Erkenntnisse haben wir beurteilt, ob die Darstellung der wesentlichen Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht unter den gegebenen Umständen angemessen ist.

Unsere Prüfungsurteile sind bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Zusätzlich zu dem im Abschnitt „Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit“ beschriebenen Sachverhalt haben wir die periodengerechte Umsatzrealisierung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist.

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

1. Risiko für den Jahresabschluss
2. Prüferisches Vorgehen
3. Verweis auf zugehörige Angaben

Periodengerechte Umsatzrealisierung

1. Das Risiko für den Abschluss

In der Gewinn- und Verlustrechnung der Schumag Aktiengesellschaft sind in den Umsatzerlösen unter anderem solche aus dem Verkauf von Präzisionsteilen in Höhe von € 31,0 Mio. enthalten. Die Umsatzrealisierung erfolgt hier, sobald das wirtschaftliche Eigentum an den fertigen Erzeugnissen unter Berücksichtigung der jeweils einschlägigen Lieferbedingungen auf den jeweiligen Kunden übergegangen ist.

Bei der Schumag Aktiengesellschaft kommt die Lieferbedingung FCA (Free Carrier) zur Anwendung, die für den Zeitpunkt des Übergangs des wirtschaftlichen Eigentums einschlägig ist. Bei dieser Lieferbedingung, bei der der Übergang des wirtschaftlichen Eigentums im Zeitpunkt der Übergabe der fertigen Erzeugnisse an den vom Käufer benannten Spediteur erfolgt, besteht das Risiko, dass Umsatzerlöse nicht periodengerecht, sondern zu früh erfasst werden. Insofern war dieser Sachverhalt von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung.

2. Prüferisches Vorgehen

Neben der Erlangung eines Verständnisses des im Geschäftsjahr veränderten Prozesses der periodengerechten Umsatzerfassung haben wir für in Abhängigkeit von Umsatzhöhe und Lieferbedingung FCA bewusst ausgewählte Umsätze vor dem Abschlussstichtag Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt. Der dabei untersuchte und unmittelbar dem Abschlussstichtag vorangegangene Zeitraum deckt regelmäßig jene Zeitspanne ab, die von der Bereitstellung der fertigen Erzeugnisse im Versandlager bis zur Übergabe an den vom Käufer benannten Spediteur einschließlich der Abwicklung der Zollformalitäten benötigt wird. Anhand unserer vorstehend beschriebenen Prüfungshandlungen haben wir die periodengerechte Umsatzrealisierung nachvollzogen.

3. Verweis auf zugehörige Angaben

Hinsichtlich der von der Schumag Aktiengesellschaft angewandten Grundsätze zur Umsatzrealisierung verweisen wir auf den Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ im Anhang. Die Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen sowie nach geografisch bestimmten Märkten ist im Abschnitt „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ und dort in Textziffer 11. des Anhangs

Sonstige Informationen

Der gesetzliche Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB bzw. § 315d HGB sowie
- die Versicherung des gesetzlichen Vertreters nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB und nach § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des zusammengefassten Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 28. August 2020 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. Mai 2020 unter der aufschiebenden Bedingung, dass wir auf der Hauptversammlung der Gesellschaft am 28. August 2020 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2019/2020 gewählt werden, vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind für das Geschäftsjahr 2019/2020 zum zweiten Mal als Abschlussprüfer der Schumag Aktiengesellschaft, Aachen, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ulf Kellerhoff.

Düsseldorf, den 28. Januar 2021

Warth & Klein Grant Thornton AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Niclas Rauscher
Wirtschaftsprüfer

Ulf Kellerhoff
Wirtschaftsprüfer

VERSICHERUNG DES GESETZLICHEN VERTRETERS

Nach bestem Wissen versichere ich, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Aachen, 27. Januar 2021

SCHUMAG Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Johannes Wienands

SCHUMAG

SCHUMAG Aktiengesellschaft

Nerscheider Weg 170 | D-52076 Aachen

Telefon +49 24 08 12-0

E-Mail info@schumag.de

Internet www.schumag.de

Schumag Romania S.R.L.

Loc. Chisoda DN 59 Km 8 + 550 m stânga

307221 Chisoda / Timis

Rumänien

Telefon +40 2 56 2739-66

E-Mail s.ro@schumag.ro